



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 08.11.2018, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Rahmenplanung für das Schul-, Kultur- und
Sportareal Oßweil
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 368/18

Abweichende Beschlussempfehlung:

Die aus dem beigefügten Rahmenplan **Alternative 1** ablesbare Anordnung der Nutzungen (s. Anl. 3) wird als Rahmenplanung im Sinne von § 1 Abs. 6 BauGB für das SKS-Areal beschlossen.

~~Die Verwaltung empfiehlt die Alternative 3.~~

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Empfehlungsbeschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 5 abgesetzt wird.

Stadtrat **Remmele** bittet darum, bei Tagesordnungspunkt 3 keinen Beschluss zu fassen. Laut BM **Ilk** solle dies bei der Aussprache zum Tagesordnungspunkt beraten werden.

Sodann eröffnet BM **Ilk** die Sitzung und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) stellt anhand einer Präsentation, die der Niederschrift beiliegt, die Rahmenplanung für das Schul-, Kultur- und Sportareal Oßweil vor. Die Ziele seien ein Standort für die Mehrzweckhalle, ein Standort für eine Pflegeeinrichtung mit betreutem Wohnen und einer Kindertageseinrichtung und die Neuordnung der Freiflächen und Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen. Die Weiterentwicklung des Schlosses sei außerdem ein wichtiges Ziel, da das Schloss sichtbar gemacht werden müsse. Er erläutert die drei Alternativen.

Frau **Ritter** (Fachbereich Bürgerbüro Bauen) erläutert die Beteiligungsphase und informiert über die Begehung des Geländes, die Bürgerversammlung und das Onlinetool. Dort habe man sich über die Alternativen informieren und diese auch kommentieren können. Es seien viele Beiträge

aus der Bevölkerung eingegangen. Sie stellt die Ergebnisse der Beteiligungsphase und die Auswirkungen der Bürgerbeteiligung auf den weiteren Entscheidungsprozess vor.

Herr **Kurt** erklärt, weshalb die Alternative 2 nicht zu empfehlen sei. Ein Grund gegen diese Alternative sei die Hanglage für Wohnen und Kita. Außerdem sei es nicht möglich, das Thema Wohnen und die Kita parallel zur Mehrzweckhalle zu realisieren. Er geht darauf ein, weshalb die Verwaltung empfehle, auch Alternative 1 nicht weiterzuverfolgen. Die Realisierung der Halle sei von dem noch zu tätigen Grunderwerb abhängig, da die Grundstücke nicht in der Verfügbarkeit der Stadt seien. Danach erläutert er die Vorteile der von der Verwaltung vorgeschlagenen Alternative 3. Hier baue man die Halle auf städtischem Grund und es gebe noch Entwicklungspotential an der Fellbacher Straße. Zudem seien Weiterentwicklungen in einem angemessenen Zeitraum möglich. Desweiteren schildert er den weiteren Zeitplan. Nach Festlegung auf eine Variante folge eine Konkretisierung der Alternative durch das Planungsbüro. Man wolle im Stadtteilausschuss informieren, beraten und viele Beteiligungsmöglichkeiten bieten, so Herr Kurt.

Nach dem Sachvortrag eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadtrat **Th. Lutz** beantragt die Anhörung eines Mitglieds des Stadtteilausschusses Oßweil. Mit Einverständnis des Gremiums erteilt BM **Ilk** Herrn Haag das Wort.

Mitglied **Haag** bedankt sich für die Möglichkeit zur Meinungsäußerung und auch für die Bürgerbeteiligung. Die Veranstaltung sei sehr schön gewesen, obwohl viele Bürger aufgrund der kurzfristigen Einladung, zwei Wochen vor Veranstaltungstermin, nicht kommen konnten. Er bemängelt die Beteiligungszeit für das Onlinetool an. Diese habe komplett in den Sommerferien stattgefunden, weshalb nur 23 Beiträge eingegangen seien. Der Stadtteilausschuss bevorzuge Alternative 1, aufgrund der städtebaulichen Vorteile. Alternative 3 sehe er hingegen als sehr kritisch an, da der komplette Schulgarten entfalle. Außerdem äußert er die Befürchtung vieler Bürger in Oßweil, dass sich das Parkdeck zu einem Angstraum entwickle. Er fragt nach Realisierungsmöglichkeiten, die nicht den Eindruck eines Parkdecks annehmen. Er spricht sich für Alternative 1 aus, auch wenn Grundstücksverhandlungen zu führen seien.

Stadtrat **Th. Lutz** bedankt sich für die Vorstellung der Planungen und ist froh über die trotz allem rege Teilnahme der Bürger an der Veranstaltung. Der Wettemarkt sei kein Aufenthaltsort und werde auch nicht als Treffpunkt angenommen. Er sehe es als Chance, eine Neuordnung der Freiflächen für Schule, Kindergarten, Altenheim, Sportvereine und für die Öffentlichkeit zu gestalten. Auch er spricht sich gegen Alternative 2 aus. An Alternative 3 kritisiert er die Raumeinschränkung zwischen den neuen und bestehenden Nutzungen, also Wohnen und Schule und Sport. Die Wohnbebauung sei der Hauptteil und von der verbleibenden Fläche könne man nicht von einem Bürgerpark sprechen, so Stadtrat Th. Lutz. Das Parkdeck sei ein Wunschtraum, der nie funktioniere, was das Parkdeck beim FSV Oßweil klar zeige, da es dort immer wieder zu Problemen wegen des Lärms komme. Die meisten Oßweiler seien für Variante 1, berichtet Stadtrat Th. Lutz. Hier sei die neue Sporthalle nicht direkt am Pausenhof, der vorhandene Parkplatz könne weiter genutzt werden und auf dem Gelände der alten Halle sei Wohnraum am Park möglich. Außerdem entstehe auf der Fläche ein Raum, der von Bürgern zum Verweilen genutzt werden könne. Er spricht der Verwaltung sein Vertrauen bezüglich des zu tätigen Grunderwerbs aus. Abschließend weist er auf die bestehenden Tennisplätze des SV Oßweil hin, welche sich in keiner der vorhandenen Planungen befinden, weshalb er den Neubau von mindestens einem Tennisplatz fordere.

Ihnen gefalle Alternative 3 besser, meint Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit**. Es sei wichtig, den Protokollauszug Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt 08.11.2018

Bürgern die Angst bezüglich des Parkdecks zu nehmen. Die Autos in die Nähe der Halle zu platzieren und die Fläche erneut zu nutzen, sei sinnvoll. Außerdem sei es eine gute Idee, den Parkplatz für Wohnungsbau zu nutzen, merkt Stadträtin Steinwand-Hebestreit an. Sie erkundigt sich nach dem geplanten Vorgehen mit den vorhandenen Hecken und Bäumen vor Ort. Besonders positiv sehe sie den Begegnungsraum, der dadurch entstehe und die Aufwertung des Schlosses. Die Halle solle hochmodern und geräumig werden, weshalb Wohnungen wichtig für die Finanzierung seien. Sie betont, dass die Bürger in Oßweil mit der Planung einverstanden sein müssten.

Laut Stadträtin **Liepins** hatte die Fraktion keine Möglichkeit über die verschiedenen Alternativen zu beraten, weshalb sie nur für sich spreche. Positiv an Variante 3 sei, dass kein Grunderwerb getätigt werden müsse und man ausreichend Wohnbebauung unterbringen könne. Der Erhalt des Schulgartens hingegen spreche auch für Alternative 1, wobei ihr der Grunderwerb Sorgen mache. Sie gibt zu bedenken, sich nicht für eine Variante zu entscheiden, die sich vielleicht aufgrund von erschwerter Grunderwerbsverhandlungen verzögern könnte. Sie spricht sich gegen eine heutige Abstimmung aus, da sie sich als Fraktion beraten müssen und bittet darum, im Stadtteilausschuss zu informieren.

Stadtrat **F. Lutz** ist froh darüber, dass etwas passiert. Das Thema Schul-, Kultur- und Sportareal sei seit der Neupriorisierung im Jahr 2015 erste Priorität. Der Workshop sei gut gewesen, auch seien viele Besucher vor Ort gewesen, was er als positiv für die heutige Entscheidungsfindung halte. Variante 2 schließe er auch aus. Er erläutert die Vor- und Nachteile der Varianten 1 und 3. Alternative 3 sei zwar kurzfristig realisierbar, allerdings sehe er auch die Probleme mit der Tiefgarage. Die Fraktion sei für Alternative 1, da hier die Grünanlagen mit dem Schulgarten dominieren. Beim Thema Grunderwerb vertraue er auch auf das Verhandlungsgeschick der Stadt und erkundigt sich nach einer möglichen Zeitschiene. Außerdem sei ein Wettbewerb mit Mehrfachbeauftragung geplant, so Stadtrat F. Lutz. Er schlägt vor, diesen Wettbewerb wegzulassen und direkt nach der Planung auszuschreiben, da es so zu keiner Verzögerung komme.

Stadträtin **Burkhardt** merkt an, dass sie die Vorlage erst heute erhalten habe. Sie bevorzuge Alternative 1 und ist froh, dass der Stadtteilausschuss dies genauso sehe. Den Standort der Mehrzweckhalle hält sie für genau richtig, denn so sei auch eine große Grünfläche um die Schule herum möglich.

Ihm gefalle auch Variante 1 besser, meint Stadtrat **Lettrari**, allerdings bereite ihm der zu tätige Grunderwerb große Sorgen. Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass bei Variante 3 eine schnelle Planung und Baudurchführung gegeben sei, anders als bei Variante 1.

BM **Ilk** stellt fest, dass die Mehrheit Alternative 1 bevorzuge und merkt an, dass die Verwaltung nicht auf Alternative 3 festgelegt sei. Das Votum des Stadtteils sei auch sehr wichtig, da man nichts bauen wolle, was dem Stadtteil und den Bürgern nicht gefalle. Man könne allerdings den Grunderwerb zeitlich noch nicht abschätzen.

Herr **Kurt** betont die Offenheit der Verwaltung gegenüber den vorgestellten Alternativen und bedankt sich für die Stellungnahmen. Er geht näher auf das Thema Angstraum ein und versichert, dass keine „Klagemauer“ entstehe. Durch die Sportflächen auf dem Dach gebe es die Möglichkeit der intensiveren Nutzung der wertvollen Fläche. Der Grunderwerb sei eine Unwägbarkeit, die zu Verzögerungen führen könne, was zu bedenken sei. Selbstverständlich habe Alternative 1 auch ihre Vorteile, die bereits genannt wurden. Nun geht er näher auf das Thema Wettbewerb ein. Die Stadt sei dafür verantwortlich, das Bauwerk qualitativ hochwertig zu bauen, da es für spätere Generationen sehr prägend sei. Außerdem schaffe der Wettbewerb der Ideen eine fundiertere

Entscheidung. Er schließt Verzögerungen aus, da das Wettbewerbsverfahren zeitgleich mit dem Bebauungsplanverfahren und dem Grunderwerb stattfindet. Er bittet darum, schon heute einen Empfehlungsbeschluss abzugeben.

Es lohne sich, Zeit in die Planung zu investieren, um eine angenehme, schöne Umgebung zu schaffen, bekräftigt BM **Ilk**.

Stadträtin **Dr. Knoß** gibt zu bedenken, sich nicht nur für die schönste Variante zu entscheiden, sondern auch die finanziellen Aspekte abzuwägen. Sie bittet um Informationen zu den Kosten, auch in Verbindung mit dem Wohnraum, da dies auch wichtig für die Entscheidungsfindung sei.

Es sei noch eine Gleichung mit vielen Unbekannten, allerdings halte man alle drei vorgeschlagenen Alternativen für finanzierbar, so Herr **Kurt**. Außerdem seien die Refinanzierungsmöglichkeiten auch im Bezug auf den Wohnraum unterschiedlich. Nähere Details könne man noch nicht nennen, da man sich noch zu früh in der Planung befinde.

BM **Ilk** schlägt vor, in heutiger Sitzung zu einer Abstimmung zu kommen und den Beschlussvorschlag auf Alternative 1 zu präzisieren. Die Alternative 3 wird nicht weiterverfolgt. Er lässt über den abweichenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 2 auf.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) stellt die Planungen im Regele-Areal anhand einer Präsentation vor (vgl. Anlage zur Niederschrift). Er berichtet, dass die neue Tiefgarage der Kreissparkasse und deren Erschließung verkehrlich geprüft wurden. Die Planungen hierzu werde die Kreissparkasse demnächst im Gremium vorstellen. Ziel sei eine kundenfreundliche Tiefgarage, dafür wurden sieben Varianten untersucht. Herr Kurt stellt die Vorzugsvarianten vor. Die Alternativen A und F sowie D seien für das Wettbewerbsverfahren vorgesehen. Die Tiefgarage sei gut über den Parkring erschlossen.

Die Durchbindung vom Schillerplatz zur Wilhelmstraße sei von hoher Wichtigkeit, führt Stadtrat **Noz** aus. Die Ausfahrt am Schillerplatz sollte in Betracht gezogen werden. Er ist gespannt auf die Vorstellung der Planungen der Kreissparkasse.

Stadträtin **Dr. Knoß** meint, dass die Variante mit Ausfahrt über den Schillerplatz die Ziele und weiteren Möglichkeiten von ZIEL konterkariere. Sie stellt klar, dass die Fraktion die Tiefgarage im Regele-Areal nur akzeptiere, da dadurch der Arsenalplatz autofrei werden könne. Sie kündigt einen mündlichen Antrag an, dass die Variante mit der Tiefgaragenausfahrt zum Schillerplatz

ausgeschlossen werden solle.

Es haben gute Workshops zum ZIEL-Gebiet stattgefunden, so Stadtrat **Juranek**. Er sei gespannt auf die Pläne zur Tiefgarage der Kreissparkasse. Diese sei eine sinnvolle Alternative zur verworfenen Tiefgarage unter dem Schillerplatz. Die Ausfahrt zur Gartenstraße hin sei favorisiert, da sie die Autos nicht mitten durch die Stadt führe.

Die Ausfahrt Gartenstraße sei keine Option, führt Stadtrat **Remmele** aus, da sie unmittelbar an den Kitas Wilhelmstraße und Gartenstraße und der Grundschule vorbeiführt. Zusätzlich seien die Ausfahrten der Garage Wilhelmgalerie sehr nah. Den Arsenalplatz für Autos zu sperren sei nicht möglich. Er vermutet, dass sich die Innenstadthändler über diese Planungen nicht freuen.

Stadträtin **Burkhardt** bezeichnet die Diskussionen als ewige Auseinandersetzung. Es gebe eine große Diskrepanz zwischen der Meinung, dass Parkierung alle Probleme löst und der Meinung, dass die Innenstadt attraktiv gestaltet werden müsse. Ziel müsse sein, so viele Autos wie möglich aus der Innenstadt herauszuhalten. Sie gibt zu bedenken, dass auch Fußgänger einkaufen würden.

BM **Ilk** fasst zusammen, dass es gegensätzliche Meinungen zum Thema gebe. Ein Wettbewerb könne geeignete Lösungen hervorbringen. Er plädiert deshalb für ein mehrstufiges Verfahren, dadurch könnten Ideen gesammelt werden. Es sollte deswegen keine Variante von vornherein ausgeschlossen werden.

Auf den Einwand von Stadträtin **Dr. Knoß**, dass der autofreie Arsenalplatz das k.O.-Kriterium der Fraktion sei, führt BM **Ilk** aus, dass es für die Führung des ÖPNV eine Straße auf dem Arsenalplatz geben müsse. Auf seine Nachfrage hin zieht Stadträtin Dr. Knoß den angekündigten Antrag zurück.

BM **Ilk** stellt fest, dass das Gremium Kenntnis genommen hat. Die Kreissparkasse werde in einer der nächsten Sitzungen ihre Planungen zur Tiefgarage vorstellen.

Beschlussvorschlag:**Auslobung eines städtebaulichen Wettbewerbs**

Um tragfähige Lösungen und kreative Ideen zur Entwicklung der Stadträume um Arsenal- und Schillerplatz zu einem neuen Erlebnisraum der Innenstadt zu finden, wird ein städtebaulicher Realisierungs- und Ideenwettbewerb nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW 2013) durchgeführt. Die Auslobung erfolgt nach den vom Gemeinderat beschlossenen Planungs- und Erneuerungszielen und den vom Fachbereich Stadtplanung und Vermessung formulierten Rahmenbedingungen (siehe Anlage 2).

Die **Wettbewerbsergebnisse** bilden eine solide Grundlage für die weiteren politischen Entscheidungen und für eine stufenweise Realisierung.

Abstimmungsergebnis:

Es findet keine Abstimmung statt.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 3 auf. Er verweist auf den Workshop, der am 29.11.2018 zum Thema stattfinden wird. In heutiger Sitzung informiert die Verwaltung über die aktuellen Entwicklungen.

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) stellt den geplanten Wettbewerb zur Zentralen Innenstadt-Entwicklung Ludwigsburg (ZIEL) anhand einer Präsentation vor (vgl. Anlage zur Niederschrift). Für die Gesamtentwicklung sei die Entscheidung der Kreissparkasse zum Bau einer Tiefgarage mit öffentlicher Nutzung ein Glücksfall. Es sei klar, dass sich die Situation durch die Planung verbessern müsse. Die Gestaltung des Gebiets geschehe zugunsten der Attraktivität des Einzelhandels in der Innenstadt. Die Kreissparkasse und das Staatsarchiv brauchen für deren eigene Planung Planungssicherheit. Um die verschiedenen Bausteine der Planung zu vereinen, verfolge man eine schrittweise Entscheidung mit einem flexiblen Planungsansatz. Am 29.11.2018 sei der Experten-Workshop für eine zukunftsichere Innenstadt geplant. Die schrittweise Umsetzung biete die Möglichkeit, Testphasen und Zwischenschritte einzurichten. Herr Kurt stellt abschließend den Zeithorizont der Planungen vor. So soll nach dem Experten-Workshop die Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 06.12.2018 und im Gemeinderat am 13.12.2018 stattfinden.

Für Stadtrat **Noz** fehlen in der Beschlussvorlage die Änderungen, die sich durch die vergangene Sitzung des Beirats Innenstadt-Offensive herauskristallisiert haben. Es sei sinnvoll den Expertenworkshop am 29.11.2018 abzuwarten und danach eine ggf. abgeänderte Vorlage zu beschließen. Die Fraktion trage die Vorlage mit, wenn die Durchfahrt durch den Arsenalplatz möglich bleiben wird, und wenn der Platz eine bundesweite Ausstrahlung erreiche. Wichtig sei, dass die Parkplätze im Innenhof des Staatsarchivs für den Einzelhandel in der Seestraße erhalten bleiben.

Die Seestraße sei komfortabel an die Rathaus-Tiefgarage angebunden, so Stadträtin **Dr. Knoß**. Man freue sich auf die Erkenntnisse aus dem Expertenworkshop. Klar sei, dass der Erfolg des Einzelhandels nicht nur von Parkplätzen abhängen. Sinnvoll sei ein Wettbewerb, aus dem, so hofft sie, viele Entwürfe hervorgehen. Es sei bedenklich, dass Einzelhändler nur ihren eigenen Laden sehen und nicht die Entwicklung in der gesamten Innenstadt. Auf dem Schillerplatz müssten künftig die Bäume erhalten werden und der Arsenalplatz soll Aufenthaltsqualität für Kinder beinhalten.

Stadtrat **Juranek** dankt für das engagierte Plädoyer für das Projekt. Die Fraktion habe die gleichen Vorstellungen wie die Verwaltung, was das stufenweise Verfahren anlangt. Ziel müsse sein, den Arsenalplatz nicht mehr als Parkplatz zu nutzen. Das Entgegenkommen des Landes in Bezug auf das Staatsarchiv sei positiv. Durch die Planungen werde die Seestraße nicht abgehängt. Ein Wettbewerb sei für die Komplexität der Aufgabenstellung dringend nötig. Die gesetzten Rahmenbedingungen darin seien gut, und es sei richtig, keine Einschränkungen zu formulieren. Er fragt, ob der Kopfbau am Staatsarchiv zur Wilhelmstraße noch Teil der Auslobung sei.

Dass oberirdische Parkplätze für wichtig angesehen werden, verdeutlicht der LIDL-Umbau in der Oststraße, sagt Stadtrat **Remmele**. In der Innenstadt sollen die Parkplätze dagegen unter die Erde verlegt werden. Dieser Gegensatz sei nicht verständlich. Klar sei, dass der Durchgangsverkehr aus der Innenstadt herausmüsse; hier müsse man aber bedenken, dass die umgehenden Straßen das Verkehrsaufkommen nicht auffangen können. Die Frage sei, wie man es schafft, dass der Verkehr fließt. Grundsätzlich können Parkplätze unter die Erde verlegt werden. Aus Sicht von Stadtrat Remmele sei der komplette Wegfall der Stellplätze auf dem Arsenalplatz völlig falsch, allein wenn man an Behinderte, Frauen und Handwerker denkt. Ungefähr 80 Parkplätze müssten oberirdisch erhalten bleiben. Er erwartet mit Spannung die Ergebnisse des Workshops.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, dass sie ursprünglich gewillt war, der Vorlage zuzustimmen. Jetzt sei sie der Meinung, dass ihre Zustimmung nicht mehr sinnvoll ist. Aus Sicht von Stadträtin Burkhardt seien ausreichend Parkplätze in der Innenstadt vorhanden. Die Forderungen der Innenstadthändler für immer mehr Parkplätze würden die Probleme des Einzelhandels nicht allein lösen. Freundlichkeit und Angebot seien ebenso ausschlaggebend. Der geplante Wettbewerb sei zu offen formuliert und erhalte auch Möglichkeiten, dass die Innenstadt doch nicht autofrei werde. Daher könne sie der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat **Link** gibt zu bedenken, dass in den vergangenen Jahren Parkplätze in der Innenstadt reduziert worden seien. Prioritär sollte das Bauvorhaben der Kreissparkasse beschlossen werden; die anderen Bausteine könnten danach geplant werden.

BM **Ilk** erinnert an die lange Zeit zwischen den ersten Überlegungen 2013 und der frühesten Realisierung ab 2022. Durch das schrittweise Verfahren und die Umsetzung in einzelnen Abschnitten könne man das Gebiet entwickeln. Die Innenstadthändler und LUIS e.V. seien in den Workshop eingebunden.

Laut Herrn **Kurt** sollen die Parkplätze auf dem Zeughausplatz erhalten bleiben. Beim „urbanen Platz“ Schillerplatz sei die Erhaltung der Bäume möglich, da es dort keine Tiefgarage geben soll. Die Führung des ÖPNV werde mitgedacht. Er versichert, dass die Anregungen in den weiteren Planungen aufgenommen werden. Ziel sei ein autofreier Arsenalplatz und die Herausnahme des Durchgangsverkehrs. Durch die Schaffung einer Multifunktionsfläche und die schrittweise Umsetzung können die Entwicklungen beobachtet werden. Von einem Kopfbau am

Arsenalgebäude habe man in der Ausschreibung abgesehen, da sonst die öffnende Wirkung in den Arsenalgarten verloren ginge. Herr Kurt empfiehlt in heutiger Sitzung einen Empfehlungsbeschluss herbeizuführen und im Dezember im Gemeinderat abschließend die Auslobung des Wettbewerbs zu beschließen.

Stadtrat **Noz** bemängelt, dass diese Zusicherungen nicht im Beschlussvorschlag stehen, sondern lediglich in der Begründung der Vorlage. Er plädiert für eine neuerliche Beratung im Ausschuss nach dem Workshop. Die Ergebnisse aus dem Workshop sollen in die Beschlussvorlage aufgenommen werden.

BM **Ilk** schlägt daraufhin vor, in heutiger Sitzung keine Abstimmung durchzuführen. Das Thema sei in die Gremien eingebracht worden. Nach dem Workshop werde eine ggf. ergänzte Vorlage im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt im Dezember vorberaten und im Gemeinderat beschlossen. Das Gremium zeigt sich mit dem Verfahren einverstanden.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** ruft Tagesordnungspunkt 4 auf.

Einleitend erläutert Frau **Barnert** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft), dass sich bei der Eichendorffschule Überschreitungen bei einigen Gewerken ergeben hätten, auch aufgrund der hohen Auslastung der Baufirmen. Daraufhin habe die Verwaltung Optimierungen vorgenommen, bspw. bei der Möblierung. Der vorhandene Puffer in der Kostenplanung reduziert sich trotzdem schon jetzt.

Stadtrat **Noz** wünscht Informationen zu folgenden Themen: Kindergarten Stammheimer Straße und warum die Termine und Kosten trotz der Zwischenfälle im Rahmen dargestellt sind; der Rechtsstreit Kindergarten Gartenstraße, der sich schon sehr lange hinziehe; Umbau Stadtbad und den weiteren Ablauf der Planung; Radweg Marbacher Straße und wie sich die zusätzlichen Erdarbeiten ausgewirkt haben; warum die Lindenstraße noch aufgeführt sei, obwohl die Maßnahme abgeschlossen ist; Sachstand Altes Schulhaus Poppenweiler; Stand des Ausbaus Tammer Straße.

Stadträtin **Liepins** fragt im Zusammenhang mit dem Umbau Stadtbad an, dass die Kosten der Stillarbeitsplätze noch nicht bekannt seien. Die Baustelleninformationen vonseiten der Stadtverwaltung bezüglich der Neckarbrücke und des Ortseingangs Neckarweihingen hätten einige Verwirrung hervorgerufen.

Den Südknoten spricht Stadtrat **Juranek** an, und warum dieser nicht im Zuge der Brückenbaustelle

realisiert werden konnte.

Stadtrat **Remmele** findet, dass im Falle der Gartenstraße gravierende Fehler begangen worden seien. Beim Umbau des Stadtbades wolle man keine weiteren Verteuerungen.

BM **Ilk** führt aus, dass die Thematik Gartenstraße bei Gericht liege. Das Verwaltungsgericht habe eine Aufschiebfrist gewährt, daher verzögert sich die Verhandlung. Zum Umbau Stadtbad erläutert er, dass die verschiedenen Projekte des Umbaus getrennt gesehen müssen. Man könne nicht von Kostensteigerungen durch die Stillarbeitsplätze sprechen, da der Umbau der Galerie ursprünglich nicht vorgesehen gewesen sei. Es sei somit ein neues Projekt.

Zum Umbau Stadtbad ergänzt Stadtrat **Noz**, dass es unmöglich sei, sich um das dreifache der Kosten zu verschätzen; Stadträtin **Liepins** bekräftigt, dass zwischen der Kostenschätzung und den tatsächlichen Kosten ein großer Unterschied besteht.

Stadtrat **Remmele** vermutet, dass das Thema Schall im Stadtbad noch beschäftigen wird.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** gibt zu bedenken, dass durch Bauinvestitionen langfristige, öffentliche Werte geschaffen werden.

Frau **Barnert** erläutert den vom Gemeinderat beschlossenen Projektfahrplan für städtische Bauvorhaben. Der Baubeschluss des Stadtbades sei mit den vorliegenden Zahlen vom Gemeinderat gefasst worden. Die Akustik des Raumes sei vom Bauphysiker geplant worden. Die Umbauten des Stadtbades beinhalten drei Projekte, die nacheinander ins Auge gefasst wurden: 1. Speisebereich im Badbereich, 2. Galerie-Aktivierung für Stillarbeitsplätze, 3. den möglichen Abbruch des Pasta-Gebäudes, da dessen Baugenehmigung ablaufe. Beim Kindergarten Stammheimer Straße seien die Gesamtkosten noch nicht endgültig ermittelt.

Mit dem Projektfahrplan gebe es immer wieder Missverständnissen, so Stadtrat **Braumann**, womöglich, da er bezüglich der Kosten in den ersten Stufen keine Aussagen trifft. Gegebenenfalls müsste dieser dahingehend geändert werden, dass in Stufe 1 ein Budget vorgegeben wird und die Verwaltung beauftragt wird, das Budget ermitteln zu lassen.

BM **Ilk** informiert, dass nach momentanem Sachstand der Radweg Marbacher Straße bis zum Jahresende fertiggestellt wird. Es seien Leitungsarbeiten hinzugekommen, die nicht absehbar gewesen seien. Im Südknoten werde jetzt die Busschleuse realisiert, hier werde auf Verlangen der Stadt mit mehr Personal und an Feiertagen gebaut, um die Bauarbeiten zu beschleunigen. Die Einfahrt nach Neckarweihingen bleibt bestehen, die Ausfahrt wird nur für Busse möglich sein.

Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) geht auf die Fragen ein, die die Tiefbauprojekte betreffen. Die Lindenstraße sei noch nicht abschließend abgerechnet. Ein Baum müsse hier ausgetauscht werden, da er nicht angewachsen ist. Die Abstimmungen mit den Stadtwerken funktionieren mit den neuen Mitarbeitern in der Geschäftsführung der Stadtwerke. Ebenfalls sei das Alte Schulhaus in Poppenweiler noch nicht abschließend abgerechnet. Die Tammer Straße werde zum Jahresende fertiggestellt, hier laufen momentan Leitungsarbeiten.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt BM **Ilk** den Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wird vor Beginn der öffentlichen Sitzung von BM **Ilk** abgesetzt.

Beschluss:

1. Der Zuschuss für den Erhalt von Trockenmauern in Weinbergsteillagen wird ab dem Jahr 2019 von bisher 25 €/qm auf 50 €/qm erhöht.
2. Eine jährliche Bilanz der Förderung von Weinbergmauern wird in den Masterplan 7, „Grün in der Stadt“, aufgenommen.
3. Die Stadt Ludwigsburg übernimmt, wie schon seit 2014 praktiziert, die Hälfte der Kosten für Verkehrssicherungsmaßnahmen bei der Hubschrauber-Weinbergspritzung der Steillagen in Neckarweihingen und Poppenweiler.
4. Bei der Ausgabe von Geschenken im Rahmen von Jubiläen oder Geburtstagen wird die Verwaltung Weine aus städtischen Steillagen bevorzugen soweit es die Angebotslage zulässt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf Sachvortrag verzichtet wird, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache. Er erteilt das Wort den Antragstellern.

Stadträtin **Liepins** ist froh darüber, dass das Thema der Weinbergsteillagen heute auf der Tagesordnung stehe. Das zeige, dass man Bewusstsein für diese Problematik schaffe. Andere Gemeinden im Landkreis haben sich zusammengeschlossen, um die Weinbergsteillagen zu

erhalten. Ohne öffentliche Zuschüsse gehe es nicht, meint Stadträtin Liepins. Sie stimmt der Beschlussvorlage zu, allerdings liege der Zuschuss anderer Gemeinden bei 100€/qm für den Erhalt der Trockenmauern. Der Erhalt der Weinreben sei wichtig, weshalb sie sich für die Prüfung einer Zuschusserhöhung ausspricht. Dies würde 50€/qm für Trockenmauern und zusätzlich einen jährlichen Zuschuss für den Erhalt der Weinreben bedeuten. Sie bittet um eine Antwort auf die Prüfung in den nächsten zwei bis drei Wochen, was BM **Ilk** zusagt.

Nicht nur die Innenstadt, sondern auch das Umfeld mit dem Neckar mache Ludwigsburg aus, betont Stadtrat **Remmele**. Man könne auch die Steillagen zeigen, nicht nur das Schloss. Er bittet darum, die Steillagen mehr in die Öffentlichkeit zu rücken.

Die Mauern fallen immer mehr zusammen, was die Unfallgefahr bei der Arbeit deutlich erhöhe, gibt Stadträtin **Burkhardt** zu bedenken. Sie spricht sich gegen die Bepflanzung eines Waldes und für den Erhalt der Steillagen aus, da die Weinberge zur Kulturlandschaft Neckar gehören. Es müsse möglich sein, mehr Geld zu investieren, um die Weinberge in der Form zu erhalten, sowohl mit den Steinen, als auch mit den Pflanzen. Über die Höhe der Zuschüsse müsse noch gesprochen werden, so Stadträtin Burkhardt. Vernünftig sei die Einbeziehung des Neckars in das städtische Touristikprogramm. Auch sei eine Bestandsaufnahme der Steillagen in Ludwigsburg als Planungsgrundlage für eine nachhaltige Sicherung der Kulturlandschaft dringend erforderlich.

Stadträtin **Liepins** beantragt die Anhörung von Herrn Dennis Bühler, als Vertreter der Ludwigsburger Wengerter.

Mit Einverständnis des Gremiums erteilt BM **Ilk** Herrn Dennis Bühler das Wort.

Herr **Bühler** bedankt sich für die Möglichkeit, sich zu äußern. Er erklärt, dass jeder seiner Kollegen zwischen fünf und sieben Ar Weinreben habe und die 50€ jedem guttue, denn damit seien die meisten Unkosten gedeckt. Außerdem seien die Steillagen ein wichtiges Aushängeschild für die Stadt Ludwigsburg. Die Stadt plane unter anderem die Landesgartenschau, aber seiner Meinung nach, sei es wichtiger, sich zuerst um das Umfeld zu kümmern und dieses zu erhalten.

BM **Ilk** gibt zu bedenken, dass schöne Weinbergsteillagen und eine Landesgartenschau keinen Widerspruch darstellen, sondern sich ergänzen.

Stadtrat **Link** fragt nach der Anzahl der Wengerter in den Steillagen. Außerdem seien die 50 €/qm zu wenig, meint er. Er sei für eine Erhöhung des Zuschusses auf 75€/qm, sowie einen jährlichen Zuschuss für den Erhalt der Weinreben. Er fordert mehr Wertschätzung für die Arbeit der Weinbauern, Obstbauern und Landschaftspflegern, da sie diejenigen seien, die sich um die Natur und auch um die Insekten vor Ort kümmern.

Es müsse geklärt werden, welche Auswirkungen es auf die Tiere vor Ort haben könnte, wenn die Weinhänge gespritzt werden, wirft Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** ein. Sie spricht sich für den Erhalt der Landschaft und für den Vorschlag, Bienenweiden auszusähen, aus. Dies sei ein guter Anfang, um auf Schulen zuzugehen, und Kinder, Jugendliche und auch Familien einzubinden.

Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) bedankt sich für die gute Resonanz und die sehr gute Zusammenarbeit mit Tourismus & Events Ludwigsburg. Es sei ein großes Anliegen, die Steillagen zu erhalten, betont sie. Außerdem sei der Fachbereich Bürgerbüro Bauen ein verlässlicher Partner, der sich um das Förderprogramm kümmert.

TOP 6	Weinbergsteillagen auf der Markung Ludwigsburg - Bericht zu und Beantwortung von verschiedenen Anträgen zum Erhalt der Weinbergsteillagen in Ludwigsburg	Vorl.Nr. 338/18
-------	---	-----------------

Auf Nachfrage von Stadträtin **Liepins** versichert BM **Ilk**, dass der Fachbereich Tiefbau und Grünflächen die angeforderten Zahlen zusammenstelle und das Gremium diese dann erhalte.

Im Anschluss lässt BM **Ilk** über die Vorlage abstimmen. Er erklärt, dass mit Beschlussfassung über die Vorlage 338/18 die Anträge 215/14, 522/17 und 137/18 erledigt sind.

TOP 6.1	Einzigartige Kulturlandschaft in Ludwigsburg - Antrag der FW-Fraktion vom 04.06.2014	Vorl.Nr. 215/14
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 6.

TOP 6.2	Sanierung von Trockenmauern in Weinbergen - Haushaltsantrag der Stadträtin Burkhardt (LUBU) vom 21.11.2017	Vorl.Nr. 522/17
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 6.

TOP 6.3	Erhalt und Pflege von Weinbergsteillagen - Antrag der SPD-Fraktion vom 15.03.2018	Vorl.Nr. 137/18
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 6.